



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 886 890

P/XVI/193 - 28. August 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Dieses Volk ist mündig!</u> Von Erich Ollenhauer, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands	62
3	<u>Gespenstisch!</u> Bundesregierung lässt kostbare Zeit ungenutzt	36
4	<u>Bittere Früchte</u> Frankreich wird in Nordafrika isoliert Nach dem Rücktritt von Ferhat Abbas und der UNO-Entscheidung über Biserta	35
5 - 6	<u>Gewerkschafter heute</u> Stimme und Recht des Arbeitnehmers Von Dr. Alex Möller, Mitglied der Sozialdemokratischen Regierungsmannschaft	69
7 - 8	<u>Aus der Zeittafel der Unmenschlichkeit</u> Flüchtlingsschicksale an den Küsten der Ostsee	53
8	<u>Solidarität für das bedrohte Westberlin</u> Schweizer nehmen Ferienkinder auf Kundgebung amerikanischer Gewerkschaften	31

\* \* \*  
\* \*

28. August 1961

Dieses Volk ist mündig!

Von Erich Ollenhauer,  
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Der 13. August 1961 hat nach dem Anklingen des grossen Schocks über den unerhörten Terrorakt des SED-Diktators die ganze Welt erkennen lassen, dass sich die Bevölkerung der Bundesrepublik in einer stabilen moralischen und seelischen Verfassung befindet. Die Aktion des ostberliner Gewaltherrschers hätte an sich Ursache genug für eine Panik sein können. Es ist nicht dazu gekommen.

Die durchaus begreifliche Unruhe, die sich der Bevölkerung angesichts der Erkenntnis bemächtigte, dass die Bundesregierung der Lage nicht gewachsen war - obwohl sie nach einer Aussage des Bundesverteidigungsministers seit längerer Zeit über die Ulbricht-Aktion informiert gewesen war! - und dass die erwarteten Reaktionen des Westens zunächst ausblieben, hält sich absolut im zulässigen Rahmen. Das Volk blieb in ganzen gefasst und mutig. Diese beruhigende Haltung wurde durch die zweckmässigen Massnahmen des US-Präsidenten bestätigt.

Wir können also feststellen, dass dieses Volk politisch mündig geworden ist. Es hat durch das brennende Interesse und durch die leidenschaftliche Anteilnahme, mit denen es die Vorgänge in und um Berlin verfolgt und als sein eigenes Anliegen erkennt, aller Welt bewiesen, dass die Legende von der politischen Lethargie einer in Wirtschaftswunderwohlstand verfallenen Masse politischer Abstimmzler völlig falsch und irreführend ist.

Ich stehe seit dem kommunistischen Anschlag auf die Freiheitsrechte von Berlin Tag für Tag im engsten und direkten Kontakt mit der westdeutschen Bevölkerung in allen ihren Schichten. Das umfassende Programm meiner Wahlkampfweise gibt mir Gelegenheit zu hunderten Gesprächen.

Sie ermöglichen die ungeschminkten und unfiltrierten Informationen über das tatsächliche Denken und Fühlen der westdeutschen Bevölkerung. Aus diesen Informationen lassen sich drei Schlüsse ableiten:

1. Wie kaum zuvor ist das Wissen um die Vorgänge in und um Berlin Allgemeingut des ganzen Volkes.
2. Das Volk nimmt aktiv an der Meisterung der so plötzlich auf uns zugekommenen Probleme teil.
3. Das Volk ist bereit, auch mögliche Opfer auf sich zu nehmen, falls sie notwendig werden sollten, wobei in ihrer ersten Phase vor allem kein Zweifel daran besteht, dass jetzt die nationale Mitmenschlichkeit mit den Landsleuten aus der Zone ihre selbstverständliche Bewährungsprobe zu bestehen hat, mit jenen Deutschen, die der Zufall dem kommunistischen Gewaltregime unterworfen hat und die deshalb in unvergleichbarer Härte die allen auferlegten Folgen des Hitler-Krieges zunächst einseitig zu tragen haben.

Als Fazit einer Zwischenbilanz ist zu sagen, dass dieses Volk, das sich als politisch reif und mündig erwiesen hat, den berechtigten Anspruch hat und erhebt, dass es auch als politisch reif und mündig behandelt wird.

Dazu gehört, dass man ihm von Regierungseite endlich und ständig die volle Wahrheit über das internationale Geschehen sagt, auch wenn diese Wahrheit bitter und kostspielig ist und wenn sie parteipolitischen und wahltaktischen Überlegungen der CDU nicht ins Konzept passen. Ein Volk, das sich in seinem freien Teil zu bewähren hat, muss von seiner Regierung instandgesetzt werden, seiner nationalen Aufgabe auch gerecht werden zu können. Diese umfassende Informierung und auch Aufklärung muss sofort erfolgen und nicht erst nach dem 17. September, weil sich sonst die CDU-Bundesregierung der historischen Anklage aussetzen würde, parteiegoistische Pläne vor die übergeordneten Belange des ganzen Volkes gesetzt zu haben.

Das aber hätte dieses Volk nicht verdient und das würde es auch niemals verzeihen und vergessen.

Gespenstisch!

Bundesregierung lässt kostbare Zeit ungenutzt

G.M. - Die für die Regierungsgeschäfte in der Bundesrepublik Verantwortlichen benehmen sich gespenstisch. Sie halten Wahlreden, in denen der eine - Strauss - die gleichen Töne wie Ulbricht gegenüber Willy Brandt anschlägt, ("Ich bezweifle, ob Brandts Reaktionen in den letzten drei Wochen geeignet waren, dem Frieden zu dienen", Landstuhl/Pfalz am 26.8.61) und der andere - Adenauer - in souveräner Abkürzung demokratischer Grundrechte der SPD empfiehlt, "den Mund zu halten" (Ulm, am 26.8.1961). Ausserdem fängt der alte Mann wieder von Atomwaffen zu reden an, als sei unser Volk politisch unmündig und könne nur in militärischen Kategorien denken.

Dabei ist doch klar: Die Gewaltmassnahmen des Kommunismus am 13. August und die darauf folgenden Provokationen waren und sind kein "politisches Spiel", sondern der Versuch Chruschtschows und Ulbrichts, immer mehr vollendete Tatsachen zu schaffen, die im Augenblick des möglichen Beginns von Ost-Westverhandlungen über Berlin und Deutschland nicht mehr rückgängig gemacht werden sollen.

Statt dass wir nun von der Bundesregierung zu hören bekommen, sie dränge ohne Rücksicht auf den Wahltermin die westlichen Verbündeten zur Entwicklung eines konkreten Verhandlungsprogramms mit dem Osten, werden von den Exponenten dieser Regierung deplacierte Wahlkampfreden gehalten.

- \* Jeder Tag, der seit dem 13. August ohne eine solche Initiative
- \* von Bonnvergangen ist, verschlechtert die Verhandlungsposition
- \* des Westens und gibt dem Osten Gelegenheit, seine durch Gewalt-
- \* aktionen erzwungenen Positionen weiter auszubauen.

Der Motor der Weltpolitik ist auf Hochtouren; Chruschtschow hat seinen Fuss auf dem Gaspedal. In Südamerika entwickelt sich ein neuer Unruheherd. In Nordafrika entsteht durch die Prestigepolitik von Paris die Möglichkeit, dass Algerien und Tunesien wenn vielleicht nicht direkt ins östliche, so doch in das Lager der Neutralen getrieben werden.

Wenn das offizielle Bonn diese Vorgänge nicht sehen will, manifestiert es seine völlige Unfähigkeit bei der zwingenden Notwendigkeit, die Interessen unseres Volkes mit Nachdruck zu vertreten.

In der Situation von heute muss Bonn stündlich bei den westlichen Alliierten dafür sorgen, dass so schnell wie möglich die westliche Verhandlungsposition unter Berücksichtigung der deutschen Vorstellungen und Notwendigkeiten Gestalt annimmt. Das Zögern mit dem Blick auf den Wahltermin ist Schützenhilfe für Chruschtschow und Ulbricht.

### Bittere Früchte

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Die massive Forderung der UNO-Vollversammlung nach direkten Verhandlungen über den Abzug der französischen Truppen aus Tunesien und der radikale Wechsel in der Führung der FLN sind zwei deutliche Warnungen und zugleich bittere Früchte der Politik des Zögerns und Ignorierens.

Der Traum direkter Verhandlungen zwischen General de Gaulle und Ferhat Abbas ist zu Ende. Seit vielen Jahren forderten die liberalen Kreise Frankreichs und Algeriens vergebens ein persönliches Treffen der beiden Männer. Die algerische Dezember-Demonstration 1960 erfolgte mit der Losung: "De Gaulle und Abbas - verhandelt!"

Mit Ferhat Abbas verschwindet ein Mann der älteren algerischen Generation, die jahrelang um die Gleichberechtigung der Algerier im französischen Staatsverband rang. Eine rechtzeitige Verständigung zwischen de Gaulle und Abbas war möglich, ebenso wie zwischen de Gaulle und Bourgiba. Man hat beide Chancen verpasst und steht jetzt in einen und in anderen Falle vor einem Trümmerhaufen.

Die "Schlacht um Biserta", die Entscheidung der UNO-Vollversammlung und die Beschlüsse der FLN in Tripolis sind direkte Folgen des Scheiterns der Konferenzen von Evian und Lugrin. Zu den Verhandlungen de Gaulle-Abbas ist es nicht gekommen. Mit Ben Jussem Ben Khedda, dem neuen linksradikalen Chef der FLN, wird man sich eines Tages doch an einen Tisch setzen und ihm wahrscheinlich die Konzessionen machen müssen, die man Ferhat Abbas verweigert hat.

Durch Eigensinn und Verblendung treibt man die FLN in das Lager Moskaus und Peking. Wird man sich auch in Tunesien erst dann zum Nachgeben entschliessen, wenn Bourgiba sich dem Ostblock zuwendet?

Mehr und mehr erkennen jetzt auch die Atlantik-Partner diese Gefahr und bemühen sich, die nordafrikanische Entwicklung im westlichen oder wenigstens neutralen Rahmen zu halten. Wie weit das noch möglich ist, hängt von den nächsten Reaktionen und Beschlüssen der französischen Politik in Algerien und Tunesien ab. Die politischen Verschiebungen in diesen beiden Ländern zeigen, dass die nordafrikanische Revolution noch für längere Zeit im Fluss ist und weder durch Gewalt noch durch Vogel Strauss-Politik verhindert werden kann.

Gewerkschaften heute

Von Dr. Alex Möller,

Mitglied der Sozialdemokratischen Mannschaft

Wir leben in einer "pluralistischen" Gesellschaft. Die Vielfalt der Interessen im wirtschaftlichen und politischen Bereich drängen nach Vertretung. Im Ergebnis sehen wir ein Gebilde, das sich aus zahlreichen Gruppen mit wechselnder Zielsetzung zusammensetzt. Eine der grössten ist die Massenorganisation der Gewerkschaften, die mehr als 30 Prozent der un-selbständig Beschäftigten umfasst.

Man fragt sich, weshalb die Mehrheit der Arbeitnehmer noch abseits steht. Geflissentlich wird übersehen, dass man die Vorteile allgemeinverbindlicher Arbeitsbedingungen und eines Tariflohnes als Mindestlohn genießt. Für andere wiederum hiesse Versammlungen besuchen und an der gewerkschaftlichen Arbeit aktiv Anteil nehmen, die von den Gewerkschaften errungene Freizeit zu schmälern und vor steigenden Lohn den Mitgliedsbeitrag zu entrichten. Der Beitritt fällt manchmal gerade jenen schwer - und ich denke dabei nicht zuletzt an die Angestellten bestimmter Berufsgruppen-, die allen Grund hätten, ihre Belange schlagkräftig vertreten zu wissen. Andere denken vielleicht, Gewerkschaften und Sozialismus wären identisch. Solche Vorstellungen verkennen völlig Aufgabe und Bedeutung der Gewerkschaften.

In Zeiten der Vollbeschäftigung und Hochkonjunktur hat der Einzelne ohnehin nicht das Gefühl, seine Lohnforderung hart und in ständiger Frontstellung gegen den Arbeitgeber durchsetzen zu müssen. Die Rückenstärkung der Gewerkschaft erscheint ihm nicht mehr so wichtig, denn das Arbeitsangebot verfügt jetzt über den längeren Hebelarm, und diesem ist das Gewicht schon errungener Tarifverträge gegeben. Notfalls kündigt man seine Stellung, und im Übrigen fördern Arbeitsrecht und Rechtsprechung in zunehmendem Masse die Belange der Arbeitnehmerseite.

Eine merkwürdige Tendenz wird sichtbar: In der Vorstellung mancher schwindet für den Einzelnen der Nutzen einer Vereinigung mit ihren Erfolgen. Je besser der Boden für günstige Arbeitsbedingungen bereitet worden ist, desto schwerer falle es, sie für die Zukunft merklich zu begern. Jede Steigerung koste unverhältnismässig mehr Aufwand und mehr Einsatz; beides wollen die Begünstigten nach Möglichkeit vermeiden. Hierin äussert sich eine vom Eigennutz her diktierte Verhaltensweise, die sich weder moralisch noch politisch rechtfertigen lässt. Es wird vergessen,

dass den Vorteilen die Solidarität der Arbeitnehmerschaft und eine wirksame Interessenvertretung vorangehen mussten.

Wie die politischen Parteien das Medium und Handlungsorgan des Volkswillens sind, so verkörpern die Gewerkschaften die Stimme und das Recht des Arbeitnehmers. Sie sind mehr als Vertragskontrahent am Arbeitsmarkt, mehr als eine Repräsentation für die Arbeitnehmerschaft, mehr als nur Partei in eigener Sache. Sie führen den Ausgleich zwischen den individuellen und Überindividuellen Interessen herbei; sie tragen dazu bei, Grundrechte zu sichern und zugleich Gemeininteressen sichtbar werden zu lassen. Solche Interessen werden im Zusammenschluss schlagkräftig und durchsetzbar. Wenn auch innerhalb des Zusammenschlusses - und das gilt nicht zuletzt auch in der Vereinigung des Arbeitsangebots - im einzelnen die Meinungen, Wertungen und Absichten differieren, im Schoosse der Organisation vollzieht sich dann der Ausgleich mit dem Ergebnis einer Übereinstimmung aus Mehrheitsbeschluss. Dieser bringt das Gesamtanliegen auf einen einheitlichen Nenner und vertritt es in so geordneter Weise gegenüber Marktkontrahent, Staat und Öffentlichkeit.

Damit steht die Gewerkschaft auch völlig im Gedanken einer sozialen Marktwirtschaft. Sie ist deren unabdingbares Strukturelement. Die Teilnahme aller am Wachstum des Sozialprodukts und an sozialen Fortschritt will mit marktkonformen Mitteln verwirklicht werden, das heisst, mit so viel Freiheit wie möglich und so wenig Staatseingriffen wie notwendig. Im Sinne des Grundgesetzes zielt unsere Gesellschaftsordnung auf die marktwirtschaftliche Freiheit, aber in den Bedingungen eines sozialen Ausgleichs. Die wirtschaftsfördernde Kraft des freien Wettbewerbs soll institutionell durch Gesetz und organisierte Selbsthilfe und auf die Weise gesichert werden, dass jede einseitige Machtkonzentration unterbunden wird. Es gilt der Grundsatz der Subsidiarität, nämlich das Prinzip, dass die am Wirtschaftsprozess Beteiligten, bevor sie den Staat einspannen oder gar zu Hilfe rufen, ihre Ansprüche selbst regeln.

Wie die politischen Parteien nicht hinweggedacht werden können, ohne dass die Willensbildung im Staat entfiere, so ist eine Wirtschaftsdemokratie, welche die individuellen und sozialen Grundrechte verwirklichen will, auf den Weg der Selbsthilfe und Mitbestimmung angewiesen. Diesen Weg beschreitet die Gewerkschaft vorbildlich.

+ + +

Aus der Zeittafel der Unmenschlichkeit

sp - Alarmierende Meldungen der Unmenschlichkeit sind es, die in den letzten Tagen aus dem Raum der westlichen Ostsee zwischen den Küsten Dänemarks, Schwedens, der Ostzone und Schleswig-Holsteins zu uns dringen. Da wird zwischen Wismar und dem dänischen Fährhafen Gjedser ein junges Ehepaar in ihrem kleinen Segelboot "Rugia" stundenlang mit Hubschraubern, Schnellbooten und Radargeräten von der ostzonalen Seepolizei gejagt. Dennoch gelingt es den Flüchtlingen, die nur einige Kekse und etwas Limonade in Hiddensee an Bord genommen hatten, über Dänemark in die Bundesrepublik zu kommen.

Da trifft in Travemünde ein bewaffnetes Patrouillenboot der ostzonalen Volkspolizei ein und drei neunzehnjährige Jungen, die neun ihrer Kameraden auf hoher See überwältigt hatten, suchen um politisches Asyl nach. Da geht ein erschütterndes Bild durch die Weltpresse, das zeigt, wie in dem schwedischen Fährhafen Trelleborg erpörrte Schweden einen jungen Flüchtling aus der Zone stützen, der von Bord des Zonenfährschiffes Saßnitz den mutigen Sprung in die Freiheit gewagt hatte.

Schon bereitet Dänemark einen Protest gegen die Regierung in Pankow wegen der Vorfälle im dänischen Fährhafen Gjedser vor. Der Polizeichef dieses süd-dänischen Fährhafens hat eine Reihe von Vorfällen amtlich zu Protokoll genommen, die mit den nüchternen Worten der Amtssprache die ganze Unmenschlichkeit des Regimes in der Zone ausdrücken. Den Ausflugs-gästen der ostzonalen Fährschiffe und Ausflugsdampfer ist es untersagt worden, in Gjedser die unteren Decks zu betreten. Auf diesen Decks sind mehrfach vom dänischen Kai gut sichtbar bedauernswerte Menschen brutal über-wältigt worden, nur weil sie auf das rettende dänische Ufer springen wollten, an dem die Schiffe festgemacht hatten. Mehrfach gelang aber der Sprung vom Oberdeck in die Freiheit. Schon haben die Einwohner zu Gjedser seeseitigen Ufer der Pier Flösse verankert, damit die Fliehenden sich hier retten können.

Aber der grosse Schlag der Kommunisten in Pankow gegen den stark angewachsenen Flüchtlingsstrom über die Ostsee in die Freiheit scheint erst noch bevorzustehen. Er wird sich ganz einfach in einer administrative Akt niederschlagen. Man will die Hoheitsgewässer der Zone in der Ostsee von drei auf zwölf Seemeilen ausdehnen und bekommt dadurch ein viel breiteres Gebiet in der Ostsee für die Jagd nach Flüchtlingen unter seine Kontrolle. Hubschrauber und Schnellboote können dann in diesem Streifen fast bis nach Dänemark und Schweden hinüber rücksichtslos von der Schusswaffe Gebrauch machen.

Aber schon an diesem Punkt beginnen auch die internationalen Probleme. In dem Gebiet zwischen Gjedser und Warnemünde würde jedenfalls dann zwischen Dänemark und der Sowjetzone eine Abgrenzung der Hoheitsgewässer festgelegt werden müssen, wenn Dänemark aus fischereipolitischen Gründen - wie zu erwarten - auch seine Hoheitsgewässer auf zwölf Meilen erweitert. Eine andere Frage ist, wie soll zwischen der Bundesrepublik und der Ostzone das Hoheitsgebiet in der Lübecker Bucht bis weit hinaus nach Dänemark hinüber abgegrenzt werden?

Auch wenn die Bundesrepublik noch nicht auf zwölf Meilen geht, sind hier Abgrenzungen festzulegen, die jedenfalls in der gegenwärtigen Situation ja niemals zwischen Pankow und Bonn ausgehandelt werden können, weil das unmenschliche Pankow kein Gesprächspartner sein kann. Aber gibt es noch funktionierende Vier-Mächte-Gremien, die dann darüber beschließen könnten? Oder tut sich da oben in der westlichen Ostsee, wo jetzt die unmenschliche Jagd nach Flüchtlingen stattfindet, ein neues weiteres Konfliktsfeld auf?

+ + +

#### Solidarität für das bedröhte Westberlin

sp - Der ruchlose Anschlag auf Westberlin, die Verhöhnung der Menschenrechte und die damit von dem Ulbricht-Regime verfügte Errichtung des größten Konzentrationslager der Welt haben in vielen Teilen der Welt tiefe Erschütterung, aber auch tätige Hilfsbereitschaft ausgelöst. Die Schweiz rechtfertigte wieder einmal ihren Ruf, besonders empfänglich für die Wüte der Mitmenschen zu sein. Unter dem Eindruck der erschütternden Ereignisse in und um Berlin haben Schweizer Familien spontan 530 Ferienplätze für Berliner Kinder und Flüchtlingskinder zur Verfügung gestellt, viele Familien werden die Kinder neu einkleiden und mit ihnen gemeinsam den Urlaub verbringen. Gewiss, diese Nachricht aus Tagen, in denen die Unmenschlichkeit eines bankrotten und jeglichen moralischen Gehalts entblößten Systems schauerliche Triumphe feiert, beansprucht nicht die spaltenlangen Überschriften der Weltpresse, aber sie wiegt nichtsdestoweniger schwer. Sie legt Zeugnis von der Bereitschaft zur praktischen Solidarität ab und dies geübt von Menschen außerhalb unserer Grenzen, Mut ab vor diesen Schweizern! - Wo Menschenwürde, unprimitive Freiheitsrechte zertreten werden, können freie Gewerkschaften nicht schweigen, müssen sie ihre Stimme vernehmbar ertönen lassen. Das haben die dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen 55 regionalen Gewerkschaftsorganisationen aus dem ganzen amerikanischen Kontinent am letzten Wochenende getan. Bei vielen dieser Gewerkschaften handelt es sich um Organisationen, die selbst im schweren Abwehrkampf gegen den Kolonialismus stehen, dennoch verschlossen sie nicht ihren Blick gegen den neuen Kolonialismus, der sich im Herzen Mitteleuropas etablierte und alle Begriffe von Selbstbestimmung, mit denen gerade die Herren des Kreml so freimütig in den Ländern Lateinamerikas operieren, zu bloßen Schlagworten erstarren lässt. Auch diesen Gewerkschaften gebührt unser Dank, sie sind unverzichtbare Bundesgenossen im Ringen um die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht der Völker - aller Völker! - auch jener, deren im Sowjetbereich verwehrt bleibt, ihre Stimme zu erheben. + + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel